



Dr. Ferdinand Fichtner ist kommissarischer Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Keine Panik!

Die gute Nachricht zuerst: Ein Kollaps der Finanzmärkte wurde durch die politische Einigung im amerikanischen Schuldenstreit Anfang der vergangenen Woche in letzter Minute verhindert. Durch die Anhebung der gesetzlichen Schuldengrenze um insgesamt 2,4 Billionen US-Dollar kann die US-Regierung ihre Rechnungen weiter bezahlen. Die enormen Finanzmarktrisiken, die mit einem Zahlungsausfall des größten staatlichen Schuldners einhergegangen wären, wurden nicht realisiert.

Grundsätzlich ist zu begrüßen, dass man sich auf eine kräftige Anhebung der Schuldengrenze geeinigt hat und gleichartige politische Scharmützel auf diese Weise bis auf die Zeit nach der Präsidentenwahl vertagt wurden. Ein großer Teil der Erhöhung ist aber erst für Februar nächsten Jahres vorgesehen und an die Bedingung geknüpft, dass eine Schuldenbremse in die Verfassung aufgenommen wird oder eine überparteiliche Kommission kräftiges Einsparpotential im Haushalt findet. Damit dürfte sich die Diskussion der vergangenen Wochen fortsetzen, die Spielräume für eine Haushaltskonsolidierung im Wesentlichen auf der Ausgabe-seite sieht. Insbesondere von Seiten der Republikaner wird gerne ignoriert, dass der US-Haushalt weniger durch hohe Ausgaben als vielmehr durch ein hausgemachtes Einnahmenproblem ins Defizit gedrückt wird. So haben die USA die niedrigste Steuerquote aller Industrieländer, zusammen mit den Sozialabgaben liegen die gesamtstaatlichen Einnahmen bei etwas mehr als dreißig Prozent des Bruttoinlandsprodukts. In Deutschland liegt die Quote bei knapp 45 Prozent und damit etwa so hoch wie im Durchschnitt der Euro-Länder. In den USA dürften Einnahmeerhöhungen – etwa durch die Einführung einer Umsatzsteuer auf Bundesebene – daher erfolgversprechender sein als Ausgabenkürzungen. Allerdings sollten zusätzlich effizienzverbessernde Maßnahmen im Gesundheitssystem und Einsparungen im Verteidigungsbudget erwogen werden.

Die schwächelnde US-Konjunktur erschwert es zusätzlich, die Staatsfinanzen zu konsolidieren: Das gesamtwirtschaftliche Wachstum ist fast zum Erliegen gekommen, die Arbeitslosigkeit verharrt auf anhaltend hohem Niveau. Vor diesem Hintergrund ist es fast als positiv zu verbuchen, dass ein Großteil der im Rahmen der Verhandlungen vereinbarten Einsparmaßnahmen erst ab 2013 greifen sollen: Massive Einsparungen in den kommenden Monaten hätten die Wirtschaft stolpern lassen. Zur Glaubwürdigkeit des Konsolidierungswillens trägt dieses „back loading“ aber ebenso wenig bei wie die Einsparpläne selbst, die sehr unkonkret bleiben.

So ist die Skepsis der Rating-Agenturen und Kapitalmärkte durchaus berechtigt, die sich in der vergangenen Woche in anhaltenden Kursverlusten an den Weltmärkten niederschlagen und mit der Herabstufung der Kreditwürdigkeit der USA durch Standard & Poor's einen vorläufigen Höhepunkt erreicht hat. Eine historische – und für die Streithähne in Washington höchst peinliche – Entscheidung, die allerdings nicht überbewertet werden sollte. Für Panik an den Finanzmärkten besteht jedenfalls kein Anlass, die Rückgänge im Verlauf der letzten Tage waren im Vergleich zu den Zuwächsen seit Mitte 2009 recht moderat. Für die deutsche Wirtschaft bietet die veränderte Situation sogar Chancen: Mit der sinkenden Bonität von staatlichen Schuldnern verbessern sich die Kreditkonditionen für solide wirtschaftende Unternehmen. Dass deutsche Staatsanleihen weiterhin als sichere Anlage gelten, erleichtert auch die Refinanzierung für den deutschen Staat. Für die deutsche Regierung muss die Entwicklung der letzten Wochen allerdings in erster Linie ein Weckruf sein: Die finanziellen Spielräume, die sich aus der guten Konjunktur ergeben, sollten zur Konsolidierung genutzt werden. Steuersenkungen jedenfalls sind angesichts einer Schuldenquote von über achtzig Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht angebracht.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
78. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
PD Dr. Joachim R. Frick
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Sabine Fiedler

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Frauke Braun
PD Dr. Elke Holst
WolfPeter Schill

Lektorat

Prof. Dr. Mechthild Schrooten
Prof. Dr. Pio Baake

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Stabsabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.